

Uli Corona-Newsletter vom 7. September 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

den Berichtsschwerpunkt bildet heute der öffentliche Gesundheitsdienst. Das meint die Tätigkeit von öffentlichen Gesundheitsbehörden auf allen staatlichen Ebenen und insbesondere auf der kommunalen Ebene, bei uns auf Ebene der Stadt- und Landkreise, die Gesundheitsämter. Eine der schmerzlichen frühen Erfahrungen mit der Pandemie ist, dass es ein schwerwiegender politischer Fehler gewesen ist, den öffentlichen Gesundheitsdienst in den letzten Jahren und Jahrzehnten systematisch herunterzufahren, Strukturen zu verkleinern, Personal einzusparen und Aufgaben zu privatisieren. Da kann sich keine politische Farbe, auch wir nicht, reinwaschen! Inzwischen sind wir eines Besseren belehrt worden. Jetzt müssen Milliarden für die Neustärkung und Revitalisierung des Gesundheitsdienstes aufgewendet werden. Ich erwarte, dass diese Programme kein Strohfeuer werden, sondern zu einer nachhaltigen langfristigen Stärkung dieses unverzichtbaren Rückgrats jeder Gesundheitspolitik eines zivilisierten Landes führen. Lasst uns gemeinsam ein bleibendes Augenmerk darauf richten, wie in den kommenden Jahren Regierungen, egal welcher politischen Couleur, mit ihren Gesundheitsbehörden umgehen! Das wird ein Maßstab für zukunftsfähiges politisches Handeln sein. Ansonsten, ihr Lieben, gab es seit Freitag nicht viele wirklich wichtige Meldungen. Besser so, als dass uns diese fluten, wie es in der Vergangenheit zu oft war. Ein Pandemieverlauf unter weitgehender Kontrolle ist derzeit das Optimal Erreichbare.

Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 5./6./7. September 2020

Deutschland

5. September Gesamtzahl: 248.997 (Veränderung zum Vortag: +1.378)

7. September Gesamtzahl: 250.799 (Veränderung zum Vortag: +814)

(Am 6.9. gab es keine Zahlen)

Baden-Württemberg

5. September Gesamtzahl: 43.415 (+164); Genesene Personen: 37.974 (+272); Verstorbene Personen: 1.864 (+0)

6. September Gesamtzahl: 43.584 (+169); Genesene Personen: 38.148 (+174); Verstorbene Personen: 1.864 (+0)

7. September Gesamtzahl: 43.853 (+269); Genesene Personen: 38.312 (+164); Verstorbene Personen: 1.866 (+2)

Rhein-Neckar-Kreis

Am 5./6.9.2020) veröffentlichte der RNK keine Zahlen.

7. September Gesamtzahl: 1422 (+7); aktive Fälle: 88; Genesene Personen: 1294;
Verstorbene Personen: 40 (-).

Endlich ein Bund-Länder-Programm für den Öffentlichen Gesundheitsdienst!

In der Corona-Krise kommt den Gesundheitsämtern in den Kommunen eine wichtige Rolle zu. Deshalb haben wir uns mit den kommunalen Spitzenverbänden schon früh auf ein Soforthilfeprogramm für die Kommunen verständigt. Mitte Juni folgte dann ein deutschlandweit einmaliges Milliardenpaket zur finanziellen Unterstützung unserer Gemeinden und Landkreise, damit sie gut durch die Krise kommen. Knapp drei Milliarden Euro stellt das Land für die Kommunen bereit: Darunter mehr als eine Milliarde Euro, um den Gewerbesteuerrückgang in den Kommunen zu kompensieren. Auch hier hatten wir bereits das Gesundheitssystem im Blick, so gab es 125 Millionen Euro für die kommunalen Krankenhäuser und 17 Millionen Euro, um den öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken. Im Zuge der Krise haben sich jedoch auch die Schwachstellen gezeigt und deshalb begrüße ich den Entschluss von Bund und Länder ausdrücklich, die Gesundheitsämter in Deutschland langfristig stärken: mehr Stellen, bessere Bezahlung und ein Digitalisierungsschub.

Der Bund wird hierfür bis zum Jahr 2026 insgesamt vier Milliarden Euro investieren. Damit werden unter anderem mindestens 5000 neue und unbefristete Vollzeitstellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst geschaffen. Konkret soll jedes der 375 Gesundheitsämter in Deutschland 10 bis 20 neue Stellen bekommen. Noch bis Ende 2021 soll es insgesamt 1.500 neue Vollzeitstellen geben, in einem zweiten Schritt ist die Schaffung von 3.500 weiteren Stellen geplant. **Wir – als Land – haben uns dazu bekannt, die Kosten der neuen Stellen vollständig und nach Ablauf des sechsjährigen Förderzeitraums dauerhaft auszugleichen!** Ein starkes Bekenntnis gegenüber den kommunalen Trägern der Gesundheitsämter.

Die Beschlüsse im Einzelnen:

PERSONAL: Mehr Stellen soll es auf allen Ebenen geben - in den örtlichen Gesundheitsämtern und Behörden, den mit dem Thema befassten Landesstellen sowie den obersten Landesbehörden. Dabei sollten aber grundsätzlich 90 Prozent der Stellen in unteren Gesundheitsbehörden wie den Gesundheitsämtern geschaffen werden, heißt es im Beschluss. Auch Teilzeitstellen können aufgestockt werden. Der Bund will zur Umsetzung und Evaluierung bis Ende 2021 40 Stellen schaffen.

DIGITALISIERUNG: Die Kommunikationsplattform DEMIS (Deutsches Elektronisches Melde- und Informationssystem für den Infektionsschutz) soll bis Ende 2022 allen Gesundheitsbehörden in Bund und Ländern zur Verfügung stehen. So sollen Meldeverfahren beschleunigt und vereinfacht werden. Der Aufbau von DEMIS beim Robert Koch-Institut (RKI) wird vom Bund finanziert. Über die 4 Milliarden Euro für das Paket hinaus stelle der Bund

dazu schon 2020 Finanzhilfen in Höhe von 50 Millionen Euro zur Verfügung. Insgesamt sind für die bessere Digitalisierung 800 Millionen Euro vorgesehen.

Die Länder verpflichten sich dazu, dafür Sorge zu tragen, dass im ÖGD digital gemeinsame Mindeststandards eingehalten werden. Die Standards sollen vom Bundesgesundheitsministerium mit den Ländern, Städten und Kommunen sowie anderen Experten bis Frühjahr 2021 erarbeitet werden.

ATTRAKTIVITÄT: Damit die Stellen auch besetzt werden können, soll die Arbeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst attraktiver werden. Es soll Anreize über das Besoldungsrecht wie über tarifvertragliche Regelungen und andere Maßnahmen geben. Die Länder wollen auch für Verbesserungen für das beamtete ärztliche Personal sorgen. Damit das schnell geht, soll jedes Land bis zu zehn Prozent seines Anteils aus dem Pakt nutzen können.

Bund und Länder wollen zudem eine vertiefte Verbindung des ÖGD mit der Wissenschaft bei der Fort-, Aus- und Weiterbildung erreichen. Medizinstudenten sollen künftig schon im Studium stärker an die entsprechenden Themenfelder herangeführt werden. Die Länder verpflichten sich, Bildungsinstitutionen entsprechend personell und sachlich auszustatten. Dafür sollen die Länder Mittel aus dem Pakt in Höhe von 35 Millionen Euro für fünf Jahre zur Verfügung stellen.

ZUKUNFTSFÄHIGE STRUKTUREN: Der Öffentliche Gesundheitsdienst sei zunehmend zentraler Ansprechpartner auch in der Gesundheitsförderung und Prävention geworden, heißt es in dem Beschluss. Deswegen soll der Gesundheitsdienst für kommende Pandemien und andere nationale gesundheitliche Notlagen organisatorisch und rechtlich besser aufgestellt werden. Die Grundlagen dafür soll ein externer und unabhängiger Expertenbeirat schaffen.

INTERNATIONALE GESUNDHEITSSICHERHEIT: Deutschland hat der Weltgesundheitsorganisation WHO schon vor Jahren Flug- und Seehäfen benannt, bei denen besondere Vorrichtungen vorgehalten werden müssen etwa im Kampf gegen Ebola. Dazu gehören laut Spahn etwa die Flughäfen Frankfurt/Main, München, Berlin, Hamburg und Düsseldorf sowie die Häfen in Hamburg und Bremen. Der Bund stellt nun 50 Millionen Euro für ein Förderprogramm zur Stärkung dieser Strukturen bereit.

UMSETZUNG: Der Bund stellt den Ländern einmalig 3,1 Milliarden Euro zur Verfügung - in sechs Tranchen. Dafür erhalten die Länder gegen Nachweis Festbeträge im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung. Diese Mittel sollen vorrangig in den Personalaufwuchs und für mehr Attraktivität der Arbeit im ÖGD fließen. Die restlichen Gelder fließen in den Aufbau von Strukturen, für Forschung und Evaluierung sowie zur Stärkung von Bundesbehörden.

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bund-laender-einigung-gesundheitsaemter-bekommen-5000-neue-stellen/26161116.html?ticket=ST-41025-Mam0fU1BEryzi7vW4pOs-ap2>

https://www.deutschlandfunk.de/neue-stellen-in-gesundheitsaemtern-ein-historisches-ereignis.694.de.html?dram:article_id=483682

Frankreich und Spanien verzeichnen Rekordzahlen an Neuinfektionen seit Ende ihrer jeweiligen Lockdowns

Die Zahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus hat in Spanien den höchsten Wert seit Ende des Lockdowns im Juni erreicht. Bei Tests innerhalb der letzten 24 Stunden habe es 4.503 neue positive Ergebnisse gegeben, teilte das Gesundheitsministerium in Madrid am Wochenende mit. Die Gesamtzahl der nachgewiesenen Infektionen sei allerdings wegen verspätet gemeldeter Fälle im Vergleich zum Vortag sogar um mehr als 10.000 auf fast 500.000 gestiegen, hieß es. Der bisherige Höchstwert der täglichen Neuinfektionen nach Ende des Lockdowns war vor genau einer Woche mit 3.829 registriert worden.

Das Coronavirus breitet sich auch in Frankreich weiter stark aus. Eine Woche nach Schulbeginn blickt Frankreich besorgt auf die hohe Zahl von Neuansteckungen. In den vergangenen 24 Stunden wurden mehr als 8500 Neuinfektionen gemeldet. Das ist der höchste Zuwachs seit Beginn der Pandemie. Am Vortag hatte die Behörde 7.157 Neuinfektionen gemeldet. Insgesamt haben sich nachweislich 309.156 Menschen mit dem Coronavirus angesteckt. Wenige Tage nach dem Wiederbeginn des Unterrichts sind deshalb in Frankreich und in einem Departement in Übersee bereits 22 Schulen geschlossen worden. Es gibt in Frankreich rund 60.000 Schulen. Die Schüler*innen müssen ab elf Jahren eine Maske tragen und die Abstandsregeln einhalten.

Vielleicht ist es ja so, dass es zwei Wahrheiten gibt. Zu der einen Wahrheit gehört, dass der Großraum Paris seit dem 24. August erneut ein Risikogebiet ist, weil die Ansteckungsrate hier bei über 50 pro hunderttausend Einwohner liegt. Seit gut einer Woche trägt ganz Paris Blau, OP-Masken-Blau, denn nun gilt im gesamten Stadtgebiet Maskenpflicht, auch draußen, und nicht wie zuvor nur in öffentlichen Verkehrsmitteln und Geschäften. Etliche Städte im Süden haben sich ebenfalls für eine Maskenpflicht entschieden. In Marseille gibt es ab 23 Uhr sogar ein Alkoholverbot. Restaurants und Bars müssen dann schließen, damit niemand im betrunkenen Zustand die Abstandsregeln vergisst. Die Hafenstadt wie die gesamte und sehr große Region Provence-Alpes-Côte d'Azur wurden wie Paris als Risikogebiet eingestuft.

Man kann aber auch etwas nüchterner auf die angestiegenen Infektionszahlen schauen, die sich zum einen durch die vielen Urlaubsrückkehrer erklären, zum anderen durch die viel höhere Anzahl der durchgeführten Tests. Um 900.000 Testungen sind es zurzeit jede Woche, weit mehr also als im März oder April, als die Tests vor allem den Kranken vorbehalten waren. Mitte März wurden in Frankreich lediglich 5000 Personen pro Tag getestet. Das gehört zu der anderen Wahrheit. Problematisch ist aber zweifelsohne, dass die Laborkapazitäten in Frankreich erschöpft sind, oftmals dauert es mehrere Tage, bevor ein Testergebnis vorliegt. 4,7 Prozent der ausgewerteten Tests waren zuletzt positiv.

<https://www.badische-zeitung.de/neue-grenzschiessungen-sollen-unbedingt-vermieden-werden--193542325.html>

<https://kurier.at/chronik/welt/frankreich-und-spanien-verzeichnen-rekordzahl-an-neuinfektionen-seit-lockdown/401022038>

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/coronavirus/corona-in-frankreich-maskenpflicht-und-mehr-verantwortungsgefuehl-16941932.html>

Frankreich: Die Corona-Risikogebiete breiten sich aus

Frankreich hat sieben weitere Corona-Risikogebiete verkündet. Damit gelten nach Angaben der Regierung nun 28 der rund 100 französischen Verwaltungsbezirke als rote Zonen, in denen das Virus "aktiv zirkuliert". Neu betroffen sind die vier Départements Nord, Bas-Rhin, Seine-Maritime und Côte-d'Or mit Großstädten wie Lille, Rouen, Le Havre, Straßburg und Dijon. Auch die beiden Verwaltungsbezirke auf der Mittelmeerinsel Korsika und das Übersee-Département auf der Insel La Réunion im Indischen Ozean kamen hinzu. Es ist noch ungeklärt, ob die Tatsache, dass das Nord-Elsass als Risikogebiet eingestuft ist, Auswirkungen auf den deutsch-französischen Pendelverkehr am Oberrhein haben wird oder muss.

Immer neue Erkenntnisse über die Gruppierungen, die sich der staatlichen Corona-Politik verweigern

Einen guten Text zur Erklärung der „neuen Bewegung“ liefert jetzt die „Zeit“:

https://www.zeit.de/politik/deutschland/2020-09/corona-proteste-demonstrationen-massnahmen-verschwörungstheorien-coronavirus?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Und hier werden die Hintergründe und politischen Motive der sog. Q`Annon-Bewegung aus den USA erläutert, die in den Kreisen der Verschwörungstheoretiker immer mehr Anhänger findet:

https://t3n.de/news/qanon-verschwörungstheorie-menschen-bizarre-glauben-1319071/?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

[file:///itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt Coronavirus Selbsteinschaetzung.pdf](file:///itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt%20Coronavirus%20Selbsteinschaetzung.pdf)

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)